

**Landkreis Wolfenbüttel**

**- Rechnungsprüfungsamt -**



**Bericht über die  
Prüfung des Jahresabschlusses 2023  
der Gemeinde Sehlde**

Rechtsgrundlagen: §§ 155, 156 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz  
(NKomVG)

Prüferin: Nicole Golland

Prüfungszeit: vom 22.10.2024 bis 04.11.2024  
(mit Unterbrechung)

## Inhaltsverzeichnis

<b>1 Allgemeines.....</b>	<b>4</b>
1.1 Prüfungsauftrag / -umfang .....	4
1.2 Prüfungsunterstützung .....	4
<b>2 Grundsätzliche Feststellungen .....</b>	<b>4</b>
2.1 Vorangegangene Prüfung .....	4
2.1.1 Jahresabschluss Vorjahr .....	4
2.2 Belegprüfung.....	4
2.3 Vergabewesen.....	5
2.4 Systemprüfung.....	5
2.5 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Anhangs .....	5
<b>3 Haushaltswirtschaft.....</b>	<b>5</b>
3.1 Haushaltssatzung .....	5
3.2 Genehmigung.....	6
3.3 Vorläufige Haushaltsführung .....	6
3.4 Liquiditätskredite .....	6
3.5 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen .....	7
3.6 Haushaltssicherung.....	7
<b>4 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2023.....</b>	<b>7</b>
4.1 Bilanz - Allgemeines .....	7
4.2 Bilanz - Aktiva.....	7
4.2.1 Immaterielle Vermögensgegenstände.....	8
4.2.2 Sachvermögen (Allgemeines).....	8
4.2.2.1 Abschreibung.....	8
4.2.2.2 Anlagenabgang .....	8
4.2.2.3 Inventur .....	8
4.2.2.4 Anlagen im Bau.....	8
4.2.3 Finanzvermögen.....	9
4.2.3.1 Forderungen - allgemein .....	9
4.2.4 Liquide Mittel .....	9
4.2.5 Aktive Rechnungsabgrenzung .....	9
4.3 Bilanz - Passiva .....	9
4.3.1 Nettoposition .....	9
4.3.2 Rücklagen .....	10
4.3.3 Jahresergebnis.....	10
4.3.4 Sonderposten .....	10
4.3.5 Schulden.....	10
4.3.5.1 Geldschulden .....	10
4.3.6 Rückstellungen .....	10
4.3.6.1 Personal.....	10
4.3.6.2 Finanzausgleich.....	10

4.3.6.3 Prüfungskosten.....	11
4.3.7 Passive Rechnungsabgrenzung .....	11
4.4 Ergebnisrechnung .....	11
4.4.1 Allgemeines.....	11
4.4.2 Ordentliches Ergebnis - Erträge .....	11
4.4.3 Ordentliches Ergebnis - Aufwendungen .....	12
4.4.4 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen.....	12
4.5 Finanzrechnung.....	12
4.6 Anhang .....	13
4.7 Anlagenübersicht .....	14
4.8 Forderungsübersicht.....	14
4.9 Schuldenübersicht.....	14
4.10 Rückstellungsübersicht .....	14
4.11 Rechenschaftsbericht.....	14
4.12 Haushaltsreste .....	14
<b>5 Ergebnis der Jahresabschlussprüfung .....</b>	<b>15</b>
5.1 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag.....	15
5.2 Zusammenfassung .....	15
<b>6 Erklärung des Rechnungsprüfungsamtes .....</b>	<b>15</b>

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Ergebnishaushalt.....	6
Tabelle 2: Finanzhaushalt .....	6
Tabelle 3: Aktiva .....	8
Tabelle 4: Passiva.....	9
Tabelle 5: Ergebnisrechnung .....	11
Tabelle 6: Finanzrechnung.....	13

## Abkürzungsverzeichnis

ggf.	gegebenenfalls
GOB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
i. V. m.	in Verbindung mit
KomHKVO	Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Kommunen (Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung)
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
RPA	Rechnungsprüfungsamt

## **1 Allgemeines**

### **1.1 Prüfungsauftrag / -umfang**

Der gesetzliche Prüfungsauftrag ergibt sich aus § 155 Abs. 1 i. V. m. § 156 NKomVG. Die Jahresabschlussprüfung wurde entsprechend § 156 Absatz 1 NKomVG vorgenommen und erstreckte sich auf die mit dem Jahresabschluss vorgelegten Unterlagen.

- Haushaltssatzung und Haushaltsplan mit Anlagen
- Ergebnisrechnung
- Finanzrechnung
- Bilanz
- Anhang sowie die Anlagen zum Anhang (§ 128 Absatz 3 NKomVG).

Bei der Prüfung waren neben den Vorschriften des NKomVG auch die Vorschriften der KomHKVO zu berücksichtigen. Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in der Buchführung im Jahresabschluss mit seinen Bestandteilen und Anlagen überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasste die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts.

### **1.2 Prüfungsunterstützung**

Die Gemeinde stellte alle angeforderten Prüfungsunterlagen zur Verfügung. Während der Prüfung erteilte die Verwaltung alle erbetenen Auskünfte.

## **2 Grundsätzliche Feststellungen**

Die Prüfung hat sich gemäß § 156 Abs. 1 Ziffer 3 NKomVG auch darauf zu erstrecken, ob nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist.

### **2.1 Vorangegangene Prüfung**

#### **2.1.1 Jahresabschluss Vorjahr**

Die Prüfung des Jahresabschlusses des Vorjahres erfolgte vom 05.10.2023 bis 19.10.2023. Bei der Bilanz des Vorjahres handelt es sich um die Werte der Schlussbilanz im Rahmen des Jahresabschlusses. Der Schlussbericht wurde auf den 28.12.2023 datiert und der Gemeinde am 28.12.2023 zugeleitet. Der geprüfte Jahresabschluss wurde am 26.03.2024 durch der Gemeinderat beschlossen. Die Entlastung wurde erteilt.

Es erfolgte eine öffentliche Bekanntmachung der Beschlüsse im Amtsblatt vom 05.05.2024.

Dabei wurde auf die öffentliche Auslegung vom 06.05.2024 bis 15.05.2024 hingewiesen.

### **2.2 Belegprüfung**

Die Führung der Bücher erfolgte nicht im vollen Umfang ordnungsgemäß. Die gesetzlichen Bestimmungen über das Anordnungswesen wurden dabei beachtet.

Inhalt und Umfang der Befugnisse zur Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit waren schriftlich geregelt. Diese Regelungen sowie das Vier-Augen-Prinzip wurden beachtet.

Hinweis zu einzelnen Belegen:

Insbesondere bei den Aufwandserstattungen wurde unzulässigerweise eine private Deutschlandcard genutzt. Zur Beschaffung von Spielwaren für den Weihnachtsmarkt in Höhe von 431,56 € liegt kein Ratsbeschluss vor. Weiterhin wurden Zuschüsse zu Veranstaltungen ohne Regelung in der Ehrungssatzung bzw. ohne Beteiligung des Gemeinderates vorgenommen. Das RPA empfiehlt hierzu Regelungen in der Ehrungssatzung aufzunehmen bzw. gesonderte Ratsbeschlüsse zu den Veranstaltungszuschüssen zu fassen.

## **2.3 Vergabewesen**

Die Haushaltswirtschaft ist sparsam und wirtschaftlich zu führen. Die Beachtung dieses Haushaltsgrundsatzes ist auch im Hinblick auf die Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung prüfungsrelevant. Bei der Vergabe von Aufträgen dient die Beachtung der Vergabevorschriften dem Ziel, wirtschaftlich zu verfahren. Für Körperschaften des öffentlichen Rechts gilt das Vergaberecht.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Haushalt 2023 der Gemeinde wirtschaftlich geführt wurde.

## **2.4 Systemprüfung**

Grundlegendes Instrumentarium ist das Rechnungswesen, zu dem der jährlich aufzustellende Haushaltsplan, die Buchführung und der Jahresabschluss gehören. Die zur Gewährleistung der Sicherheitsstandards notwendigen Regelungen wurden in einer entsprechenden Dienstanweisung getroffen.

Die Buchführung und die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgten unter Anwendung des Verfahrens/EDV-Buchführungssystems "H+H Pro Doppik". Die Gemeinde konnte die Freigabe des Systems belegen.

Die Vollständigkeit der Konten war ausreichend gegen Verlust und Manipulation gesichert. Gleichzeitig bestand ein ausreichender Schutz vor unbefugten Eingriffen. Es war jederzeit gewährleistet, dass die Buchungen bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfristen lesbar und ausdrückbar waren. Die Aufbewahrung der Unterlagen erfolgte sicher und geordnet.

Insgesamt waren die Anforderungen an eine durch eine automatische Datenverarbeitung unterstützte Buchführung erfüllt.

## **2.5 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Anhangs**

Die Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses erfolgte am 07.08.2024 durch die Bürgermeisterin. Der Jahresabschluss wurde nicht fristgerecht aufgestellt.

Der vorgelegte Jahresabschluss wurde ordnungsgemäß aus den Büchern und sonstigen Aufzeichnungen entwickelt. Der Anhang enthielt alle vorgeschriebenen Anlagen und Erläuterungen.

# **3 Haushaltswirtschaft**

## **3.1 Haushaltssatzung**

Der Gemeinderat beschloss die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 in seiner Sitzung vom 30.01.2024. Damit erfolgte der Beschluss nicht mehr fristgerecht zur Vorlage an die Kommunalaufsichtsbehörde. Die Verkündung der Haushaltssatzung erfolgte ordnungsgemäß. Die Auslegung erfolgte vom 03.04.2023 bis zum 13.04.2023. Die Haushaltssatzung trat am 14.04.2023 in Kraft.

Der Ergebnishaushalt wies jeweils einen Gesamtbetrag an Erträgen und Aufwendungen nach:

<b>Ergebnishaushalt</b>	
ordentliche Erträge i. H. v.	799.300,00 €
ordentliche Aufwendungen i. H. v.	856.300,00 €
außerordentliche Erträge i. H. v.	0,00 €
außerordentliche Aufwendungen i. H. v.	0,00 €

Tabelle 1: Ergebnishaushalt

Der vorgeschriebene Haushaltsausgleich konnte nicht erreicht werden. Die Ertragskraft der Gemeinde reichte entsprechend nicht aus, um die Aufwendungen im laufenden Haushaltsjahr zu decken (planerischer Fehlbetrag).

Der Finanzhaushalt wies jeweils einen Gesamtbetrag an Ein- und Auszahlungen nach:

<b>Finanzhaushalt</b>	
Einzahlungen i. H. v.	1.130.200,00 €
Auszahlungen i. H. v.	1.166.100,00 €

Tabelle 2: Finanzhaushalt

Die Auszahlungen überstiegen die Einzahlungen im Finanzhaushalt. Der im Sinne einer dauernden Leistungsfähigkeit anzustrebende Haushaltsausgleich konnte den Festsetzungen des Finanzhaushalts entsprechend nicht erreicht werden. Die Finanzkraft der Gemeinde reichte entsprechend nicht aus, um die Auszahlungen im laufenden Haushaltsjahr zu decken.

Wegen der Teilhaushalte wird auf den Haushaltsplan Bezug genommen.

Der in der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen betrug 350.000,00 €.

Der in der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen betrug 339.000,00 €.

Liquiditätskredite wurden in der Haushaltssatzung 2023 nicht veranschlagt.

### 3.2 Genehmigung

Die Haushaltssatzung war genehmigungspflichtig. Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 350.000 € und der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 339.000 € sind genehmigungspflichtig gem. § 119 Abs. 4 in Verbindung mit § 120 Abs. 2 NKomVG. Die Genehmigung erfolgte durch die Kommunalaufsichtsbehörde mit Datum vom 13.03.2023.

### 3.3 Vorläufige Haushaltsführung

Aufgrund der zu Beginn des Jahres 2023 noch nicht rechtskräftigen Haushaltssatzung waren die Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung gem. § 116 NKomVG zu beachten.

Im Rahmen der stichprobenartigen Prüfung wurden keine Verstöße gegen die Bestimmungen zur vorläufigen Haushaltsführung festgestellt.

### 3.4 Liquiditätskredite

Die Gemeinde nahm im gesamten Haushaltsjahr 2023 keine Liquiditätskredite in Anspruch.

### 3.5 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Im Haushaltsjahr 2023 wurden über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen i. H. v. 7.570,32 € ausgewiesen.

Im Haushaltsjahr 2023 wurden über- bzw. außerplanmäßige Auszahlungen i. H. v. 42.501,30 € ausgewiesen.

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind gem. § 117 Abs. 1 NKomVG nur zulässig, soweit sie zeitlich und sachlich unabweisbar sind. Diese Unabweisbarkeit war in allen Fällen nachvollziehbar begründet.

Die Deckung für über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die nicht für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen erfolgten, war im aktuellen Haushaltsjahr sicherzustellen. Dies war in allen Fällen sichergestellt.

Der Genehmigungsvorbehalt durch den Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin (bei unerheblicher Bedeutung) bzw. der Gemeinderat (bei nicht nur unerheblicher Bedeutung) wurde in allen Fällen beachtet. Der Gemeinderat und der Verwaltungsausschuss wurden bereits über die Fälle von unerheblicher Bedeutung unterrichtet.

### 3.6 Haushaltssicherung

Im Prüfungsjahr war ein planerischer Fehlbetrag vorhanden. Der Fehlbetrag konnte mit entsprechenden Überschussrücklagen verrechnet werden.

Der planerische Fehlbetrag ist unschädlich, da nach der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung sowohl der vorgetragene als auch der planerische Fehlbetrag innerhalb der nächsten zwei Jahre ausgeglichen werden können.

## 4 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2023

### 4.1 Bilanz - Allgemeines

Es besteht Bilanzidentität, da die Werte der Eröffnungsbilanz des Haushaltsjahres mit den Werten der Schlussbilanz des Vorjahres übereinstimmen. Der Grundsatz der Einzelbewertung wurde beachtet. Die Vermögensgegenstände, Schulden und Rückstellungen wurden zum Abschlussstichtag grundsätzlich einzeln bewertet. Die Gemeinde bewertete nach dem Vorsichtsprinzip. Die angesetzten Werte sind nachvollziehbar. Die Vermögensänderung im Prüfungsjahr beruhte im Wesentlichen auf folgenden Gründen: Für die Ausweisung eines Neubaugebietes erfolgte der Ankauf der Fläche. Für den Bauhof wurde ein neuer Anhänger beschafft. Es erfolgte eine Ausbuchung der Sammelposten, die zu außerplanmäßigen Abschreibungen führten.

Die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sowie der Stetigkeitsgrundsatz wurden beachtet.

### 4.2 Bilanz - Aktiva

Alle Bilanzpositionen zur Aktiva wurden vollständig nachgewiesen. Die Erläuterungen der Bilanzpositionen waren ausreichend.

Aktiva				
	31.12.2022	31.12.2023	Veränderung (absolut)	Veränderung
Immaterielles Vermögen	46.489,44 €	44.387,06 €	-2.102,38 €	-4,5 %
Sachvermögen	1.595.423,63 €	1.703.995,68 €	108.572,05 €	6,8 %

<b>Aktiva</b>				
	31.12.2022	31.12.2023	Veränderung (absolut)	Veränderung
Finanzvermögen	68.202,84 €	49.261,91 €	-18.940,93 €	-27,8 %
Liquide Mittel	465.465,90 €	283.395,77 €	-182.070,13 €	-39,1 %
Aktive Rechnungsabgrenzung	88,86 €	17,36 €	-71,50 €	-80,5 %
Bilanzsumme	2.175.670,67 €	2.081.057,78 €	-94.612,89 €	-4,3 %

Tabelle 3: Aktiva

#### 4.2.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Gemeinde berücksichtigte, dass nur immaterielle Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, einer Abschreibung unterliegen.

#### 4.2.2 Sachvermögen (Allgemeines)

Die Sachanlagen wurden vollständig erfasst. Hierbei war die Erfassung der Sachanlagen stets belegt und nachvollziehbar. Die Zugänge wurden im Rechnungsjahr durch Feststellung des wirtschaftlichen Eigentums und der Aktivierbarkeit daraufhin überprüft, ob die Voraussetzungen für die Erfassung gegeben waren.

Im Prüfungsjahr erfolgten im Sachvermögen wesentliche Zugänge, durch den Ankauf der Flächen für ein Neubaugebiet. Im Haushaltsjahr 2023 wurden keine zu aktivierenden Eigenleistungen erbracht.

##### 4.2.2.1 Abschreibung

Für die Abschreibung der zeitlich begrenzten Sachanlagen wurde die lineare Methode gewählt.

Die Abschreibungsgrundlage, die Bemessungsgrundlage und die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wurden entsprechend der Abschreibungstabelle angesetzt. Bei den Straßen wurde von der Abschreibungstabelle abgewichen, statt 25 Jahren werden 40 Jahre Nutzung angenommen. Für Abweichungen wurden die Begründungen jeweils dokumentiert. Die Abschreibungsdauer war nachvollziehbar. Hierbei sind die erforderlichen außerplanmäßigen Abschreibungen erfolgt.

Es waren außerplanmäßige Abschreibungen bei Wertminderung / evtl. Zuschreibung erforderlich.

Der Anschaffungs- und Herstellungswert für geringwertige Vermögensgegenstände wurde direkt als Aufwand erfasst.

Insgesamt stimmten die ausgewiesenen Abschreibungen auf das Sachvermögen mit den Angaben der Anlagenübersicht überein.

##### 4.2.2.2 Anlagenabgang

Die bilanzierten Werte stimmten mit den in der Ergebnisrechnung ausgewiesenen Erträgen und Aufwendungen aus Anlagenabgängen überein.

##### 4.2.2.3 Inventur

Eine Inventur wurde im Berichtsjahr nicht durchgeführt.

##### 4.2.2.4 Anlagen im Bau

Es wurden nur tatsächlich noch nicht fertig gestellte Vermögensgegenstände als Anlagen im Bau ausgewiesen.

## 4.2.3 Finanzvermögen

### 4.2.3.1 Forderungen - allgemein

Im Prüfungsjahr wurden Forderungen in Höhe von 49.261,91 € ausgewiesen. Die Forderungen wurden entsprechend der Bilanzgliederung getrennt ausgewiesen. Insgesamt waren die Ursprungsbeträge und der Gesamtbetrag der jeweiligen Forderung sowie die Fälligkeiten korrekt erfasst. Die ausgewiesenen Forderungen ließen sich mit den Sachkonten, den Personenkonten, den stichtagsbezogenen Saldenlisten, den ggf. eingeholten Saldenbestätigungen abstimmen.

Zum Abschlussstichtag führte die Gemeinde Einzel- bzw. Pauschalwertberichtigungen durch. Grund und Höhe der Ab- und Zuschreibungen waren in allen Fällen vertretbar.

Insgesamt lag eine mit den Nachweisen abstimmbare Forderungsübersicht vor, in der die vorgesehene Gliederungsform eingehalten wurde und in der die entsprechenden Restlaufzeiten angegeben waren.

### 4.2.4 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel wurden getrennt ausgewiesen. Alle erforderlichen Nachweise für die Einzelbestände lagen vor.

Insgesamt stimmten die ausgewiesenen liquiden Mittel mit den bestehenden Konten (Endbestand der Zahlungsmittel lt. Finanzrechnung, Bankkonten und Barkasse) überein.

### 4.2.5 Aktive Rechnungsabgrenzung

Bei den ausgewiesenen aktiven Rechnungsabgrenzungsposten handelte es sich um Ausgaben, die vor dem Abschlussstichtag geleistet wurden, aber erst Aufwand für eine bestimmte Zeit danach darstellten. Die einzelnen Posten waren hinsichtlich der Verteilung/Abgrenzung des Aufwands belegt.

Weil im geprüften Haushaltsjahr entsprechender Aufwand entstanden war, waren in Vorjahren gebildete aktive Rechnungsabgrenzungsposten aufzulösen. Diese Auflösung erfolgte zutreffend.

## 4.3 Bilanz - Passiva

Alle Bilanzpositionen der Passiva wurden vollständig nachgewiesen. Die Erläuterungen der Bilanzpositionen waren ausreichend.

Passiva				
	31.12.2022	31.12.2023	Veränderung (absolut)	Veränderung
Nettoposition	2.034.104,56 €	2.035.439,24 €	1.334,68 €	0,1 %
Schulden	26.508,86 €	5.955,09 €	-20.553,77 €	-77,5 %
Rückstellungen	108.956,93 €	33.864,38 €	-75.092,55 €	-68,9 %
Passive Rechnungsabgrenzung	6.100,32 €	5.799,07 €	-301,25 €	-4,9 %
Bilanzsumme	2.175.670,67 €	2.081.057,78 €	-94.612,89 €	-4,3 %

Tabelle 4: Passiva

### 4.3.1 Nettoposition

Die verschiedenen Kapitalarten wurden entsprechend den vorgeschriebenen Bilanzpositionen getrennt ausgewiesen.

#### 4.3.2 Rücklagen

Das festgestellte Jahresergebnis des Vorjahres wurde korrekt in die Rücklage übernommen.

#### 4.3.3 Jahresergebnis

Das Jahresergebnis wurde mit der Ergebnisrechnung übereinstimmend ausgewiesen. Die Angabe, welcher Gesamtbetrag an Aufwandsermächtigungen in das nächste Haushaltsjahr übertragen wurde, war zusätzlich in Klammern angegeben.

#### 4.3.4 Sonderposten

Im Haushaltsjahr erhielt die Gemeinde zweckgebundene Investitionszuwendungen für abnutzbare Vermögensgegenstände. Die Sonderposten wurden entsprechend der Nutzungsdauer aufgelöst.

#### 4.3.5 Schulden

Die Höhe der Schulden wurde durch Saldenbestätigungen bzw. Kontoauszüge belegt. Den ausgewiesenen Schulden standen entsprechende Verpflichtungen gegenüber. Der Grundsatz der vollständigen Ausweisung der Schulden wurde beachtet.

Der Jahresabschluss enthielt alle notwendigen Angaben zum Entstehungsgrund der Schulden und der Wirtschaftlichkeit der Konditionen für die ausgewiesenen Schulden.

##### 4.3.5.1 Geldschulden

Die Gemeinde Sehlde hat keine Geldschulden.

#### 4.3.6 Rückstellungen

Soweit notwendig wurden die Rückstellungen für Verbindlichkeiten gebildet, die dem Grunde nach zu erwarten, deren Höhe und/oder Fälligkeit aber noch ungewiss waren. Dabei waren die Rückstellungen jeweils getrennt nach der vorgesehenen Gliederung ausgewiesen. Alle Rückstellungen waren ausreichend belegt.

Die Rückstellungen wurden in der Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger Beurteilung zur Erfüllung der Leistungspflicht erforderlich war.

Insgesamt waren die Rückstellungen als auskömmlich anzusehen.

##### 4.3.6.1 Personal

Im Prüfungsjahr waren mit Personal- und Versorgungsaufwendungen zusammenhängende Rückstellungen und sonstige Verbindlichkeiten zu bilden (z.B.: Pensions-, Altersteilzeit-, Urlaubs-, Mehrarbeitsrückstellungen). Die Urlaubsinanspruchnahmen waren durch aktuelle und nachvollziehbare Unterlagen belegt und berücksichtigt. Für alle Arbeitnehmer/innen waren Arbeitszeitkonten vorhanden.

Die Bildung der Altersteilzeit-Rückstellung beruhte auf Ansprüchen auf der Grundlage eines Gesetzes, eines Tarifvertrages oder einer Betriebsvereinbarung und war nicht zu beanstanden.

##### 4.3.6.2 Finanzausgleich

Es wurden Rückstellungen für den Finanzausgleich in angemessener Höhe gebildet.

#### 4.3.6.3 Prüfungskosten

Die Gemeinde nahm die Kalkulationen über die Kosten der Prüfung korrekt und ausreichend vor.

#### 4.3.7 Passive Rechnungsabgrenzung

Der ausgewiesene Bilanzwert war durch eine Aufstellung sämtlicher passiver Rechnungsabgrenzungsposten nachgewiesen und wurde durch entsprechende Unterlagen belegt. Der Bilanzwert war sachlich und rechnerisch richtig.

Es ergaben sich aus der Ergebnisrechnung keine Anhaltspunkte (z. B. wiederkehrende Buchungen) dafür, dass weitere passive Rechnungsabgrenzungen hätten erfolgen müssen.

Einige in Vorjahren gebildete passive Rechnungsabgrenzungsposten waren aufzulösen, weil im geprüften Haushaltsjahr der Ertrag entstanden war.

### 4.4 Ergebnisrechnung

<b>Zusammenfassung der Ergebnisrechnung</b>				
	Ergebnisse des Vorjahres	Ergebnisse des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	Plan / Ist
	2022	2023	2023	-Vergleich
ordentliche Erträge	840.091,71 €	790.253,93 €	799.300,00 €	-9.046,07 €
ordentliche Aufwendungen	845.475,35 €	768.436,25 €	856.300,00 €	-87.863,75 €
ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)	-5.383,64 €	21.817,68 €	-57.000,00 €	78.817,68 €
außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
außerordentliche Aufwendungen	1.074,30 €	5,00 €	0,00 €	5,00 €
außerordentliches Ergebnis	-1.074,30 €	-5,00 €	0,00 €	-5,00 €
Jahresergebnis Überschuss (+)/ Fehlbetrag (-)	-6.457,94 €	21.812,68 €	-57.000,00 €	78.812,68 €

Tabelle 5: Ergebnisrechnung

#### 4.4.1 Allgemeines

Die Aufstellung der Ergebnisrechnung erfolgte in der vorgeschriebenen Staffelform. Die Gliederung war korrekt. Eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahreszahlen war gewährleistet.

Das Bruttoprinzip und das Saldierungsverbot wurden beachtet. Für das Stetigkeitsprinzip kann festgestellt werden, dass dieses beachtet wurde. Dem Prinzip der Periodengerechtigkeit wurde Rechnung getragen.

#### 4.4.2 Ordentliches Ergebnis - Erträge

Die Erträge bei den jeweiligen Positionen entsprachen den Erwartungen aufgrund der bestehenden gesetzlichen Regelungen bzw. vertraglichen Vereinbarungen. Gleichzeitig erfolgte eine ordnungsgemäße Überwachung der Zahlungseingänge. Die Zuordnung der Erträge zu den jeweiligen Ertragskonten erfolgte korrekt. Die Rückzahlung zu viel eingegangener Erträge wurde bei den entsprechenden Buchungsstellen abgesetzt. Die erhaltenen Zuwendungen wurden unmittelbar als Ertrag gebucht.

Die geprüften Erträge der Gemeinde wurden rechtzeitig und vollständig geltend gemacht. Alle geprüften Finanzvorfälle für die Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben wurden erfasst.

Im Übrigen ergab die Prüfung, dass

- die Grundsteuern A und B sowie die Gewerbesteuer aufgrund der in der Haushaltssatzung festgesetzten Hebesätze korrekt erhoben wurden,
- die Auflösungserträge aus Sonderposten korrekt gebucht wurden,
- die öffentlich-rechtlichen Abgaben (Steuern und Gebühren) korrekt ermittelt und nachgewiesen wurden,
- die privatrechtlichen Leistungsentgelte korrekt ermittelt und nachgewiesen wurden,
- die Zuordnung zu sonstigen ordentlichen Erträgen zutreffend erfolgte,
- die Zinserträge in voller Höhe (brutto) ausgewiesen wurden.

#### 4.4.3 Ordentliches Ergebnis - Aufwendungen

Die Aufwendungen bei den jeweiligen Positionen entsprachen den Erwartungen aufgrund der bestehenden gesetzlichen Regelungen bzw. vertraglichen Vereinbarungen. Der Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit wurde beachtet.

Die Zuordnung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erfolgte zutreffend. Der erfolgswirksame Erhaltungsaufwand wurde dabei zutreffend von dem aktivierungspflichtigen Herstellungsaufwand abgegrenzt.

Eine vollständige Entrichtung der allgemeinen Umlagen (wie Kreisumlage, Samtgemeindeumlage usw.) wurde vorgenommen.

#### 4.4.4 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Die Erläuterungspflichten im Anhang und im Rechenschaftsbericht wurden vollständig beachtet.

Außerordentliche Erträge lagen im Rechnungsjahr nicht vor.

Bei den außerordentlichen Aufwendungen handelte es sich insbesondere um:

- Aufwendungen für außerplanmäßige Abschreibungen
- periodenfremde Aufwendungen

### 4.5 Finanzrechnung

Zusammenfassung der Finanzrechnung				
	Ergebnisse des Vorjahres 2022	Ergebnisse des Haushaltsjahres 2023	Ansätze des Haushaltsjahres 2023	Plan / Ist-Vergleich
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	814.700,41 €	781.329,67 €	780.200,00 €	1.129,67 €
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	697.099,17 €	792.297,01 €	805.100,00 €	-12.802,99 €
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	117.601,24 €	-10.967,34 €	-24.900,00 €	13.932,66 €
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	12.354,77 €	3.663,95 €	0,00 €	3.663,95 €
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	62.672,97 €	173.766,74 €	361.000,00 €	-187.233,26 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-50.318,20 €	-170.102,79 €	-361.000,00 €	190.897,21 €
Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	67.283,04 €	-181.070,13 €	-385.900,00 €	204.829,87 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €	0,00 €	350.000,00 €	-350.000,00 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €	0,00 €	350.000,00 €	-350.000,00 €
Finanzmittelbestand	67.283,04 €	-181.070,13 €	-	-
haushaltsunwirksame Einzahlungen	6.181,07 €	31.053,56 €	-	-
haushaltsunwirksame Auszahlungen	6.568,30 €	32.053,56 €	-	-
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	-387,23 €	-1.000,00 €	-	-
Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres	398.570,09 €	465.465,90 €	-	-

<b>Zusammenfassung der Finanzrechnung</b>				
	Ergebnisse des Vorjahres 2022	Ergebnisse des Haushaltsjahres 2023	Ansätze des Haushaltsjahres 2023	Plan / Ist-Vergleich
Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres)	465.465,90 €	283.395,77 €	-	-

Tabelle 6: Finanzrechnung

Sämtliche Ein- und Auszahlungen wurden vollständig, getrennt voneinander, entsprechend der Gliederung und in Staffelform sowie in den vorgeschriebenen Kontengruppen ausgewiesen. Erhebliche Planabweichungen wurden im Anhang angegeben und begründet. Einzahlungen wurden rechtzeitig und vollständig erfasst, rechtzeitig (zeitnah) geltend gemacht und eingezogen sowie ordnungsgemäß überwacht.

Insgesamt ist für die Darstellung der Finanzrechnung festzuhalten, dass

- der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Cash-Flow)
- der Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit
- der Finanzmittelüberschuss bzw. Finanzmittelfehlbetrag
- der Saldo aus Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit
- der Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen
- der Bestand an Zahlungsmitteln zu Beginn und Ende des Jahres

korrekt dargestellt wurden.

Im Übrigen wurde das Saldierungsverbot nach den Erkenntnissen dieser Prüfung beachtet.

Darüber hinaus konnte die Gemeinde eine angemessene und wirksame Liquiditätsplanung zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit belegen.

Insgesamt stimmte das Ergebnis der Finanzrechnung mit der aktivierten Bilanzposition „liquide Mittel“ überein.

#### 4.6 Anhang

Der Anhang enthielt alle erforderlichen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnis- und der Finanzrechnung sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Die Erträge und Aufwendungen, die Einzahlungen und Auszahlungen wurden entsprechend der rechtlich vorgegebenen Gliederung ausgewiesen und den Haushaltsansätzen gegenübergestellt.

Zur Vergleichbarkeit mit Vorjahren wurden mit Vorjahresbeträgen der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und/oder der Bilanz vergleichbare aktuelle Beträge angegeben und erläutert.

Die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses waren ausreichend erläutert.

Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden waren wie vorgesehen im Anhang angegeben und erläutert.

Die nicht gedeckten Fehlbeträge wurden vollständig nach den einzelnen Jahren getrennt angegeben und erläutert.

#### **4.7 Anlagenübersicht**

Die erforderliche Anlagenübersicht lag vor. In dieser wurde der Stand jeweils zu Beginn und zum Ende des Haushaltsjahres angegeben. Der Nachweis des Vermögens der Gemeinde wurde in der Übersicht korrekt geführt. Insgesamt entsprach die Anlagenübersicht dem amtlichen Muster.

#### **4.8 Forderungsübersicht**

Die Forderungsübersicht war vorhanden. In dieser waren die Forderungen der Kommune gemäß der Bilanz vollständig dargestellt. Sie folgte in ihrer Gliederung der Bilanz. Gleichzeitig wurde jeweils der Gesamtbetrag am vorherigen Abschlusstag angegeben. Die Forderungen wurden mit Gesamtbetrag am Abschlusstichtag unter Angabe der Restlaufzeit dargestellt. Insgesamt entsprach die Forderungsübersicht dem amtlichen Muster.

#### **4.9 Schuldenübersicht**

Dem Anhang war die erforderliche Schuldenübersicht beigelegt. Darin wurden die Schulden der Kommune vollständig nachgewiesen. Die Schuldenübersicht entspricht dem nach § 128 NKomVG und § 57 Abs. 3 KomHKVO vorgeschriebenen Muster. Es wurde jeweils der Gesamtbetrag zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres angegeben; gegliedert in Betragsangaben mit Restlaufzeiten. Insgesamt stimmten die Schuldenübersicht und die Werte der Bilanz überein.

#### **4.10 Rückstellungsübersicht**

Die dem Anhang beizufügende Rückstellungsübersicht lag vor. Die Rückstellungen waren, der Höhe und Art nach, in der Rückstellungsübersicht richtig dargestellt. Die Darstellung der Rückstellungen entsprach dem verbindlichen Muster.

#### **4.11 Rechenschaftsbericht**

Der erforderliche Rechenschaftsbericht war vorhanden. Er entsprach den gesetzlichen Anforderungen. Insbesondere enthielt der Rechenschaftsbericht eine Bewertung des Jahresabschlusses. Es gab keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten waren. Auf die voraussichtlichen Entwicklungen wurde nachvollziehbar hingewiesen. Insgesamt stand der Rechenschaftsbericht im Einklang mit dem Jahresabschluss.

#### **4.12 Haushaltsreste**

Für die gebildeten Haushaltsreste lagen die rechtlichen Voraussetzungen vor. Sie wurden unter Einhaltung eines vorgeschriebenen Verfahrens gebildet. Die Haushaltsreste wurden in die Haushaltsüberwachungslisten des Folgejahres übertragen. Die Haushaltsreste waren vollständig im Rechenschaftsbericht begründet.

Alle in das Folgejahr zu übertragenden Haushaltsreste wurden einzeln in einer Übersicht dem Anhang des Jahresabschlusses beigelegt.

Die Gesamtsumme der am Ende des Haushaltsjahres gebildeten Haushaltsreste für Aufwandsermächtigungen wurde in der Bilanz beim Jahresüberschuss- bzw. -fehlbetrag als Vorbelastung ausgewiesen.

Die Gesamtsumme der am Ende des Haushaltsjahres gebildeten Haushaltsreste für Auszahlungsermächtigungen wurde unter der Bilanz ausgewiesen.

## **5 Ergebnis der Jahresabschlussprüfung**

### **5.1 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag**

Als Jahresergebnis wird ein Überschuss in Höhe von 21.812,68 € ausgewiesen. Die vorgetragenen Fehlbeträge konnten spätestens zum zweiten Jahr nach Entstehung des jeweiligen Fehlbetrags ausgeglichen werden. Die dauernde Leistungsfähigkeit ist auf Grundlage dieses Jahresabschlusses als gegeben anzusehen.

### **5.2 Zusammenfassung**

Die Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung wurden ordnungsgemäß aus den Büchern entwickelt. Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsführung, der sonstigen Teile des Rechnungswesens, der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Kassen- und Vergabewesens ergab keine Feststellungen. Die Vermögenswerte waren richtig und vollständig nachgewiesen.

Einwendungen gegen die Buchführung, den Jahresabschluss und den Rechenschaftsbericht sind nach dem abschließenden Ergebnis dieser Prüfung nicht zu erheben.

Die Prüfung ergab, dass die Grundsätze der ordnungsgemäßen Buchführung berücksichtigt wurden.

Bilanz sowie die Ergebnis- und Finanzrechnung wurden den kommunalen und den analog anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften entsprechend aufgestellt.

Der Anhang enthielt alle vorgeschriebenen Anlagen.

## **6 Erklärung des Rechnungsprüfungsamtes**

Der Jahresabschluss 2023 der Gemeinde Sehlde ist nach den gesetzlichen Bestimmungen geprüft worden. Im Schlussbericht sind die wesentlichen Prüfungsergebnisse dargelegt.

Insgesamt ist festzustellen, dass

- der Haushaltsplan insgesamt eingehalten wurde,
- die einzelnen Buchungsvorgänge und Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
- bei den Erträgen und Aufwendungen sowie bei den Einzahlungen und Auszahlungen des Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren wurde,
- das Vermögen richtig nachgewiesen ist.

Ferner hat die Prüfung ergeben, dass

- der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage vermittelt,
- die Bücher nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung ordnungsgemäß geführt wurden.

Das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 der Gemeinde wird wie folgt zusammengefasst: Der Jahresabschluss zum 31.12.2023, der Rechenschaftsbericht und die Buchführung der Gemeinde

- entsprechen nach pflichtgemäßer Prüfung den Rechtsvorschriften
- die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität werden im Jahresabschluss entsprechend den tatsächlichen Verhältnissen dargestellt
- bei den Erträgen und Aufwendungen sowie bei den Einzahlungen und Auszahlungen wurde nach der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren.

Rechnungsprüfungsamt, 08.04.2025

Berichtsnummer: JA-2023-Sehlde



Goffand  
Prüferin